Regierungsbeschluss über die Veranstaltung von Stipulatorenkursen

Vom 1. August 1919

Der Regierungsrat des Kantons Aargau,

in Vollziehung des § 7 Abs. 2 der Notariatsordnung,

beschliesst:

§ 1

Zur besseren theoretischen Heranbildung urkundsberechtigter Gemein-
deschreiber veranstaltet der Staat, so oft hiefür ein Bedürfnis sich geltend
macht, Unterrichtskurse.

§ 2

¹ Der Unterricht hat sich auf sämtliche Rechtsgebiete, in welchen geprüft
wird, zu erstrecken: Zivilrecht, öffentliches Recht, Grundbuchwesen und
öffentliche Beurkundung.

² Das Departement Volkswirtschaft und Inneres bezeichnet die für jedes
Fach zu bestellenden Lehrkräfte. ¹⁾

³ Niemand, der in einem solchen Kurse Unterricht erteilt hat, soll später
bei einer Prüfung der Kursteilnehmer mitwirken ²⁾.

§ 3

¹ Für die Zulassung zu einem solchen Kurs gelten die Vorschriften, die in
den §§ 7, 9 und 10 der Notariatsordnung mit Rücksicht auf den Akzess
zur Gemein-
deschreiberprüfung aufgestellt sind.

² Die Teilnahme an den Kursen ist für die Prüfungskandidaten nicht
obligatorisch.

¹⁾ Fassung gemäss Ziff. 26 der Verordnung 1 über die Umsetzung der
Regierungsreform vom 10. August 2005, in Kraft seit 1. September 2005 (AGS
2005 S. 371).

²⁾ Aufgehoben durch Regierungsbeschluss vom 12. Juni 1939.

³ Am Schlusse eines Kurses sind Repetitorien unter Anwesenheit einer Delegation des Departements Volkswirtschaft und Inneres abzuhalten, und es ist jedem Teilnehmer ein Zeugnis mit einer Bescheinigung darüber, ob er den Unterricht mit Fleiss besucht hat, auszustellen. ¹⁾

§ 4

Die Dauer des einzelnen Kurses soll 100–120 Stunden betragen; es ist auf eine angemessene Verteilung der Stundenzahl auf die einzelnen Lehrfächer Bedacht zu nehmen.

§ 5

Es ist jeweilen an einem zentral gelegenen Orte ein Kurs für den ganzen Kanton abzuhalten. Bei Festsetzung der Unterrichtszeit ist darauf Rücksicht zu nehmen, dass der Kurs aus allen Teilen des Kantons besucht werden kann.

§ 6

Die den Unterricht erteilenden Lehrer erhalten eine angemessene Entschädigung in Form von Taggeldern und Reiseentschädigungen.

§ 7²⁾

Die Kursteilnehmer haben ein von dem Departement Volkswirtschaft und Inneres festzusetzendes Kursgeld von vorläufig Fr. 200.–³⁾ bei Beginn des Kurses zu entrichten. Unbemittelten, aber gut ausgewiesenen Bewerbern kann das Kursgeld ganz oder teilweise erlassen werden.

§ 8⁴⁾

Im Übrigen wird das Departement Volkswirtschaft und Inneres, in Verbindung mit der Notariatskommission und im Einvernehmen mit den Lehrkräften, das Erforderliche für die Einrichtung und Durchführung des Kurses anordnen. Sie wird insbesondere jeweils den Kursbeginn in ange-

¹⁾ Fassung gemäss Ziff. 26 der Verordnung 1 über die Umsetzung der Regierungsreform vom 10. August 2005, in Kraft seit 1. September 2005 (AGS 2005 S. 371).

²⁾ Fassung gemäss Ziff. 26 der Verordnung 1 über die Umsetzung der Regierungsreform vom 10. August 2005, in Kraft seit 1. September 2005 (AGS 2005 S. 371).

³⁾ Neuer Ansatz gemäss Abänderungsbeschluss vom 14. Mai 1954.

⁴⁾ Fassung gemäss Ziff. 26 der Verordnung 1 über die Umsetzung der Regierungsreform vom 10. August 2005, in Kraft seit 1. September 2005 (AGS 2005 S. 372).

messener Weise publizieren; sie wird auch für die Inspizierung des Kurses besorgt sein.